

(50) 92/48  
14 Js. 39/47.

Landgericht Hamburg.

U r t e i l .

Im Namen des Rechts !

In der Strafsache

gegen

1.) den Klempnermeister

Ernst S c h l o i c k a,

geboren am 24. Januar 1905 in Bergedorf,

• 2.) den Autoschlosser

Karl Z e r l i n g,

geboren am 23. Oktober 1908 in Hadersleben,

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit

hat das Schwurgericht II in Hamburg in der Sitzung

vom 2. Juni 1949, an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Dr. Matthiessen

als Vorsitzender,

beauftragter Richter Dr. Fürstenhagen,

beauftragter Richter Reinholz

als beisitzende Richter,

Frau Grabbert,

Lattmann,

Piosoler,

Borlin,

Frau Schulz,

Mittelstädt

als Geschworene,

Staatsanwalt Dr. Schmidt

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizassistent Lampe

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für

für Recht erkannt:

Es werden verurteilt:

- 1.) der Angeklagte S c h l o i c k a wegen Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis,
  - 2.) der Angeklagte Z o r l i n g wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu 8 Monaten Gefängnis.
- Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

G r ü n d e.

I.

Über die persönlichen Verhältnisse der Angeklagten ist in der Hauptverhandlung nach ihren eigenen Angaben folgendes festgestellt worden:

- 1.) Der Angeklagte S c h l o i c k a ist als Sohn eines Klempnermeisters am 24. Januar 1905 in Bergedorf geboren und besuchte hier die Volksschule und anschliessend die Hans-Oberrealschule bis zur Obertertia. Nach seiner Schulentlassung erlernte er das Klempnerhandwerk und begab sich nach Beendigung seiner Lehrzeit auf die Wanderschaft. Nachdem er zunächst einige Jahre in Süddeutschland in seinem Beruf gearbeitet hatte, kehrte er 1925 nach Bergedorf zurück und war in den folgenden Jahren in dem Betriebe seines Vaters tätig, den er 1936 nach Ablegung der Meisterprüfung gemeinsam mit seinem Bruder übernahm. 1943 machte er sich in Bergedorf mit einem eigenen Klempnerbetrieb und einem Ladengeschäft für Installationswaren selbständig. Dieses Geschäft betreibt der Angeklagte bei einem monatlichen Umsatz von 5 - 6000.-- DM auch jetzt noch.



Der Angeklagte ist zum zweiten Mal verheiratet und hat aus seiner ersten Ehe drei Söhne von 19, 20 und 22 Jahren. Er ist bisher nicht bestraft.

Im November 1931 trat der Angeklagte der NSDAP. und der SA. bei. Nach seinem Ausscheiden aus der SA, wurde er Anfang 1933 als SS-Anwärter aufgenommen, im März 1933 aber wieder aus der SS. ausgeschlossen, da er sich nach seinen Angaben geweigert hatte, sich an einem von der SS. geplanten Verbrechen zu beteiligen. Im April 1933 erklärte er seinen Austritt aus der Partei, da ihm, wie er in der Hauptverhandlung angegeben hat, das eigensüchtige und gewaltsame Vorgehen der Parteiergane unmittelbar nach der Machtübernahme nicht zusagte. Sein Austritt wurde von der Partei nicht angenommen, da man sich, wie der Angeklagte vermutet, bei der Ortsgruppe scheute, den Austritt eines der ältesten Bergedorfer Parteimitglieder an die Gauleitung weiterzugeben. Trotz wiederholter Aufforderung zahlte er erst seit 1938 wieder den Mitgliedsbeitrag für die Partei, da er zu dieser Zeit mehrfach wegen parteifeindlicher Äußerungen bei der Gestapo angezeigt worden war und daher nach seiner Einlassung bei einer weiteren feindlichen Haltung gegenüber der Partei mit seiner Einweisung in ein KZ. rechnen mußte.

2.) Der 40 Jahre alte Angeklagte Z o r l i n g ist der Sohn eines Schlossermeisters. Er ist in Hadersleben geboren, zog aber schon in seiner frühen Jugend mit seinen Eltern nach Bergedorf und besuchte hier die Volksschule. Nach seiner Entlassung aus der 2. Klasse der Volksschule war er als Schlosser in der Lehre und arbeitete nach Abschluß seiner Lehrzeit zunächst mehrere Jahre in der väterlichen Werkstatt

und

und später mit Unterbrechungen in verschiedenen Schlossereibetrieben. Nachdem er während des Krieges wegen krimineller Verbrechen in den Lebern Papenburg und Oslebshausen untergebracht war, ist er seit der Kapitulation in Bremen als Autoschlosser tätig.

Der Angeklagte ist zweimal geschieden und seit 1945 zum dritten Mal verheiratet. Aus seinen ersten beiden Ehen hat er drei Kinder. Der Angeklagte ist wiederholt vorbestraft. Nachdem er 1937 wegen Einsteigediebstahls und Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und vier Tagen erhalten hatte, folgte 1939 wegen Diebstahls eine weitere Gefängnisstrafe von 8 Monaten. 1940 wurde der Angeklagte ferner wegen Rückfalldiebstahls zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, die er bis zum 23. Mai 1945 verbüßte.

Der Angeklagte trat im Herbst 1931 der SA und gleichzeitig der NSDAP. bei. Aus der SA. wurde er nach seinen Angaben Anfang 1933 wegen geringen Dienstalters ausgeschlossen. Wegen seines kriminellen Vorgehens, das 1937 zu seiner ersten Bestrafung führte, erfolgte 1935 auch sein Ausschluß aus der Partei. Seit dieser Zeit hat sich der Angeklagte nach seinen Angaben nicht mehr politisch betätigt.

## II.

Dem Angeklagten wird in der Anklage ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Körperverletzung und Landfriedensbruch zur Last gelegt. Zu diesem Vorwurf ist in der Hauptverhandlung folgender Sachverhalt festgestellt worden:

Am 8. Mai 1933 fand in den Abendstunden im Rathaus in

Bergedorf.



Bergedorf eine Ratsversammlung statt, an der zum letzten Mal neben den Abgeordneten der NSDAP. auch die Vertreter der anderen Parteien teilnahmen. Während der Sitzung hatte sich auf dem Platz vor dem Rathaus eine größere Menschenmenge angesammelt, vorwiegend SA-Leute in Uniform und Zivil, die sich über den gesamten Platz verteilt hatten. Der Angeklagte Schloicka befand sich zu dieser Zeit in der gegenüber dem Rathaus liegenden Wohnung des Arztes Dr. Brachmann, den er wegen eines Nierenleidens aufgesucht hatte, und bemerkte hier von dem Fenster des Behandlungszimmers aus die Ansammlung. Da ihm nicht bekannt war, daß an diesem Tage eine Ratsversammlung stattfand und auch Dr. Brachmann ihm keine Erklärung geben konnte, begab er sich nach der Behandlung sogleich zu dem Rathausplatz, um sich nach dem Grund der Ansammlung zu erkundigen. Auf seine Anfrage erfuhr er hier, daß die Stadtverordneten zu ihrer letzten Sitzung zusammengekommen seien und daß man auf die Abgeordneten warte. Nachdem sich der Angeklagte eine kurze Weile an der für die Abgeordneten und die Tribünenbesucher bestimmten Eingangstreppe zum Rathaus aufgehalten hatte und hier inzwischen auch zahlreiche Tribünenbesucher hinzugekommen waren, erschienen an der Eingangspforte zunächst die SPD-Abgeordneten, um sich auf den Heimweg zu begeben. Als erster der SPD-Abgeordneten verließ der Zeuge Petersen das Rathaus. Als er die Treppe hinabgestiegen war, wurde er von einer größeren Menge umringt und erhielt mit einer Stahlrute mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er stark blutend zusammenbrach. Unmittelbar nach dem Zeugen Petersen verließ der Zeuge Dr. Winter, der gleichfalls als SPD-Abgeordneter an

der

der Sitzung teilgenommen hatte, das Rathaus. Als der Angeklagte Schlicka den Zeugen auf der Treppe bemerkte, sprang auf ihn zu und versetzte ihm zwei heftige Faustschläge ins Gesicht. Durch die Schläge wurde die Brille des Zeugen zertrümmert und ein Zahn beschädigt; durch den zweiten Schlag wurde der Zeuge gegen das Treppengeländer gedrückt und stürzte über das Geländer in den neben der Treppe befindlichen, etwa 30 cm tiefen Schacht. Hier schlugen noch weitere hinzukommende Personen mit einer Stahlrute und Gummiknütteln auf ihn ein. Ohne sich um den Zeugen zu kümmern, blieb der Angeklagte zunächst noch einige Minuten auf dem Rathausplatz, auf dem noch weitere SPD-Abgeordnete von der Menge geschlagen wurden und begab sich dann in seine Wohnung.

Der Zeuge Petersen war inzwischen mit Hilfe des Zeugen Thieslor aus der Menge herausgeholt worden und hatte sich gleichfalls auf den Heimweg beggeben. Als er sich etwa 150 m vom Rathausplatz entfernt hatte, kam ihm in der Wentorferstraße der Angeklagte Zerling entgegen, der ihn sogleich als SPD-Abgeordneten erkannte. Ohne einen Wortwechsel schlug der Angeklagte Zerling dem damals 50 Jahre alten Zeugen zweimal heftig ins Gesicht, so daß der Zeuge blutüberströmt niedorfiel. Als der Zeuge am Boden lag, versetzte er ihm noch einige Fußtritte und entfernte sich dann. Der Zeuge mußte sich in ärztliche Behandlung beggeben und vor allem wegen starker Beschwerden am Steißbein und am Gesäß etwa 6 Wochen das Bett hüten. Auch in den späteren Jahren hatte der Zeuge zeitweilig noch unter Beschwerden am Steißbein zu leiden.

Dieser Sachverhalt beruht auf den Angaben der Angeklagten, die die ihnen vorgeworfenen Mißhandlungen im wesentlichen zugegeben haben, und den uneidlichen Aussagen der Zeugen



4

Zeugen Dr. Winter, der Ehefrau Winter, Petersen und Thiesler.

Insbesondere der Angeklagte Zerling hat eingeräumt, daß er Petersen lediglich deshalb niedergeschlagen habe, weil er ihn als politischen Gegner erkannt habe. Gegenüber den in der Hauptverhandlung getroffenen Feststellungen hat der Angeklagte Zerling lediglich bestritten, den Zeugen Petersen mit Füßen getreten zu haben, und erklärt, daß er sich bei seinen zahlreichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern stets nur seiner Fäuste bedient habe, die in jedem Falle ausgereicht hätten, um seinen Gegner kampfunfähig zu machen. Bei den klaren und bestimmten Angaben des Zeugen Petersen und bei dem günstigen Eindruck, den das Gericht in der Hauptverhandlung von der Persönlichkeit dieses Zeugen gewonnen hat, hatte das Gericht aber auch in diesem Punkte keinen Anlaß, die Richtigkeit der Aussage dieses Zeugen in Zweifel zu ziehen. Der Zeuge hat erklärt, daß er nach der Mißhandlung durch den Angeklagten stark schmerzende Verletzungen am Steißbein und am ~~Steiß~~ festgestellt habe und daß er sich genau erinnern könne, daß er bei der ersten Mißhandlung auf dem Rathausplatz nicht getreten worden sei, zumal er hier zwar zusammengebrochen sei, aber nicht am Boden gelegen habe. Die Glaubwürdigkeit dieser Bekundungen wird auch durch die eigene Angabe des Angeklagten bestärkt, nach der der Zeuge in schnellem Schritt durch die Wenterferstraße gekommen sei. Wenn der Zeuge wirklich bei seiner ersten Mißhandlung schon erheblich am Steißbein verletzt worden wäre, dann hätte er kaum so rasch gehen können, wie der Angeklagte angegeben hat. Gegen die Richtigkeit der Angaben des Zeugen hatte das Gericht umsoweniger Bedenken, als dem Angeklagten

bei

bei seinem rohen Verhalten gegen den Zeugen auch eine weitere Verletzung durch Fußtritte durchaus zuzutragen ist.

Der Angeklagte Schloicka hat die ihm zur Last gelogte Mißhandlung des Zeugen Dr. Winter in vollem Umfange zugegeben. Zu seiner Entlastung hat er vorgebracht, daß es sich bei der Mißhandlung des Zeugen lediglich um einen persönlichen Rachegehandelt habe. Im Frühjahr 1932 sei in dem von dem Zeugen herausgegebenen "Mergedorf-Sander Volksblatt" ein Artikel erschienen, in dem der Zeuge wahrheitswidrig behauptet habe, daß Reichsbannerleute von seiner Wohnung aus mit Blumentöpfen und Säure beworfen worden seien. Auf Grund dieses Artikels sei im Mai 1932 ein Trupp mit Reichsbannerleuten vor seiner Wohnung erschienen und habe mit einem Stein die Schaufensterscheibe des väterlichen Geschäfts eingeschlagen und außerdem einen Stein in seine Wohnung geworfen. Als er sich daraufhin vor seiner Wohnung aufgestellt habe, um weiteren Sachschaden zu verhüten, und hier von den Reichsbannerleuten provoziert worden sei, sei es zu einem Handgemenge gekommen. Bei dieser Auseinandersetzung sei er von etwa 15 Reichsbannerleuten zu Boden geworfen und derart getreten worden, daß er eine schwere Rückenverletzung davongetragen habe, unter deren Folgen er noch heute leide. Auch an dem fraglichen Tage habe er wieder Rückenbeschwerden gehabt und aus diesem Grunde den Arzt Dr. Brachmann aufsuchen müssen. Als er dann nach der Behandlung zufällig unter den Abgeordneten den Zeugen erkannt habe, habe er ihm in seiner Erregung mit den beiden Faustschlägen den Denktzettel verabfolgt, den er ihm schon seit langem zugedacht habe. Zu seiner Verteidigung hat der Angeklagte

weiterhin



weiterhin erklärt, daß es bei Betreten des Rathauses nicht seine Absicht gewesen sei, sich an Gewalttätigkeiten zu beteiligen, zumal er sich zu dieser Zeit bereits von der Partei abgewandt habe. Als er sich aus Neugierde der Ansammlung angeschlossen habe, habe er zwar mit der Möglichkeit gerechnet, daß es "Kleinholz" geben könne, jedenfalls habe er aber nicht bestimmt gewußt, daß ein Überfall auf die Abgeordneten der SPD geplant war.

Nach dem festgestellten Sachverhalt hat sich der Angeklagte Schloicka mit der Mißhandlung des Zeugen Dr. Winter durch die Faustschläge einer Körperverletzung im Sinne des § 223 StGB. schuldig gemacht. Eine gemeinschaftliche Körperverletzung und damit eine gefährliche Körperverletzung im Sinne des § 223a StGB., wie der Vertreter der Anklage in der Hauptverhandlung angenommen hat, liegt dagegen nicht vor, da ein bewußtes und gewolltes Zusammenwirken des Angeklagten mit den nicht ermittelten und dem Angeklagten offenbar auch nicht bekannten Tätern, die den Zeugen nach seinem Sturz in den Kellerschacht mißhandelt haben, nicht festgestellt werden konnte. Da seit Begehung der Tat bis zu der ersten richterlichen Handlung in dieser Sache mehr als 15 Jahre verstrichen sind, bei der in § 223 StGB. festgesetzten Höchststrafe von 3 Jahren Gefängnis auch die besonderen Verjährungsvorschriften der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23. Mai 1947 keine Anwendung finden können, ist die Strafverfolgung nach §§ 66, 67 Abs. 2 StGB. insoweit verjährt. Der Angeklagte war aber nach den in der Hauptverhandlung getroffenen Feststellungen nach § 125 Abs. 2 StGB. wegen Landfriedensbruchs zu bestrafen.

Nach

Nach seinen eigenen Angaben hat der Angeklagte an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge teilgenommen, bei der mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten begangen worden sind. Es kann dabei dahingestellt bleiben, ob der Angeklagte von vornherein die Absicht hatte, sich im Rahmen der Zusammenrottung an Gewalttätigkeiten zu beteiligen. Da die Bestimmung des § 125 StGB. zum Schutze der öffentlichen Ordnung schon die Teilnahme an einer öffentlichen Zusammenrottung unter Strafe stellt, bei der unter dem Schutz der Menge wenigstens von einzelnen Teilnehmern Gewalttätigkeiten begangen worden sind, erfordert eine Bestrafung wegen Landfriedensbruchs lediglich das Bewußtsein des Täters, daß einzelne Personen unter mindestens passiver Unterstützung der Menge möglicherweise Gewalttätigkeiten begehen wollen und daß er durch seinen Anschluß die Menge verstärkt. Diese Voraussetzung ist bei dem Angeklagten gegeben. Nach seinen Angaben kann sich der Angeklagte zwar nicht mehr entsinnen, ob er sich in dem Zeitpunkt, als er sich der Menge anschloß, bewußt war, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen würde. Als sich der Angeklagte dann aber auf den Zeugen Dr. Winter stürzte, hatte er bereits bemerkt, daß der erste SPD-Abgeordnete, der das Rathaus verlassen hatte, der Zeuge Petersen, von der Menge umringt wurde. Selbst wenn der Angeklagte dann die Misshandlungen des Zeugen Petersen im einzelnen nicht mehr beobachtet hat, weil er durch das Erscheinen des Zeugen Dr. Winter abgelenkt wurde, so war er sich aber jedenfalls in diesem Zeitpunkt darüber im klaren, daß mindestens von einzelnen Teilnehmern der Menge Gewalttätigkeiten geplant waren und daß er damit schon durch seine Anwesenheit das Verhalten der Menge unterstützte. Darüber hinaus hat



6

hat er durch die Misshandlung des Zeugen Dr. Winter im Rahmen der von der Menge durchgeführten Aktion selbst Gewalttätigkeiten begangen und war daher nach § 125 Abs. 2 StGB. zu bestrafen. Da der Landfriedensbruch im Sinne des § 125 Abs. 2 StGB. ein Verbrechen darstellt und die Tat des Angeklagten als Angriff gegen einen politischen Gegner des Nationalsozialismus bisher nicht bestraft worden ist, steht der Verfolgung nach §§ 1 Abs. 1, 3 der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege die Verjährungsvorschrift des § 67, Abs. 1 StGB. nicht entgegen. Es ist dabei in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung, ob sich die Tat des Angeklagten selbst als eine Verfolgung aus politischen Gründen darstellt; bei dem engen Zusammenhang der Tat des Angeklagten mit der gegen die politischen Gegner auf dem Rathausplatz durchgeführten Aktion ist die Tat jedenfalls bisher aus politischen Gründen nicht bestraft worden.

Bei dem Zusammenhang der Misshandlung des Zeugen Dr. Winter mit der von der Menge auf dem Rathausplatz durchgeführten Aktion hatte das Gericht noch die Frage zu prüfen, ob die Misshandlung des Zeugen durch den Angeklagten als eine Verfolgung aus politischen Gründen anzusehen ist und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Das Gericht hat diese Frage verneint. Nach dem festgestellten Sachverhalt konnte dem Angeklagten nicht widerlegt werden, daß er den Zeugen Dr. Winter nicht als politischen Gegner angreifen wollte. Der Angeklagte hatte sich nach seinen Angaben, die durch die von ihm beigebrachten und zu den Akten überreichten Beloge erhärtet worden, Anfang Mai 1933 bereits von der

Partei

Partei gelöst und hatte nach seiner Einlassung aus diesem Grunde zu dieser Zeit keine Veranlassung und kein Interesse, sich aus politischen Gründen an Gewaltmaßnahmen gegen seinen ehemaligen politischen Gegner zu beteiligen. Unter diesen Umständen erscheint seine Einlassung, daß es sich bei der Mißhandlung des Zeugen Dr. Winter um einen persönlichen Racheakt gehandelt habe, umso glaubhafter, als der Zeuge selbst erklärt hat, daß er den von dem Angeklagten angeführten Artikel auf Grund der ihm erteilten Information in seiner Zeitung veröffentlichen haben könne und daß auch die Möglichkeit bestehe, daß Reichsbannerleute in ihrer Empörung über das dem Angeklagten vorgeworfene Verhalten eine Auseinandersetzung mit dem Angeklagten gehabt hätten. Dem Angeklagten konnte auch nicht widerlegt werden, daß er bei diesem Zusammenstoß eine schwere innere Verletzung davongetragen hat, zumal die Zeugen Prior, Peters, Baass und Hamann bestätigt haben, daß der von dem Angeklagten angegebene Zusammenstoß mit den Reichsbannerleuten tatsächlich erfolgt ist. Bei dieser Sachlage hält es das Gericht durchaus für möglich, daß sich der Angeklagte in der Annahme, daß die erlittene Verletzung auf den Artikel des Zeugen Dr. Winter zurückzuführen sei, schon gleich nach dem Zusammenstoß mit den Reichsbannerleuten vorgenommen hatte, dem Zeugen bei dem ersten Zusammentreffen eine Tracht Prügel zu vererben und daß er eine Gelegenheit sah, diesen Entschluß zu verwirklichen, als er den Zeugen unversehrt an der Rathaus-tür erblickte. Für die Richtigkeit dieser Annahme spricht schließlich auch, daß sich der Angeklagte bei dem Erscheinen des Zeugen sogleich auf ihn gestürzt, sich an den Mißhandlungen der anderen SPD-Abgeordneten aber nicht beteiligt hat.

Wenn



Wenn der Angeklagte den Zeugen aber nicht in seiner Eigenschaft als SPD-Abgeordneten und politischen Gegner, sondern lediglich aus persönlichen Gründen angegriffen hat, dann steht seine Tat nur dann in einem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft, wenn er aus diesen persönlichen Gründen die politische Situation vor dem Rathausplatz ausgenutzt hat in dem Bewußtsein, daß er den Zeugen unter dem Schutz der politisch gegen ihn eingestellten Menge ungehindert mißhandeln könnte, und sich damit mit seiner Tat bewußt in das nationalsozialistische Willkürsystem eingeschaltet hat. Zu einer solchen Annahme reichen die in der Hauptverhandlung getroffenen Feststellungen nicht aus. Als der Angeklagte den Zeugen angriff, wußte er zwar, daß der Zeuge als SPD-Abgeordneter von der Menge als politisches Freiwild betrachtet wurde und dem Terror in diesem Augenblick schutz- und rechtlos ausgeliefert war. Wenn der Angeklagte aber wirklich nach seiner nicht zu widerlegenden Darstellung die Absicht hatte, gegen den Zeugen bei der ersten Gelegenheit, die sich ihm bot, vorzugehen und der Angeklagte bei seiner körperlichen Überlegenheit auch in der Lage war, den Zeugen ohne erheblichen Widerstand zu mißhandeln, dann kann bei seinen entgegenstehenden Angaben auch nicht zu seinen Ungunsten unterstellt werden, daß er gerade die schutzlose Lage des Zeugen ausnutzen wollte, um seinem Rachegedühl Raum zu geben. Auch die Persönlichkeit des Angeklagten bietet keinen Anhaltspunkt dafür, daß seine Angaben nur als Schutzbehauptung zu werten sind und er den Zeugen gerade wegen seiner schutzlosen Lage angegriffen hat. Nach dem persönlichen Eindruck, den das Gericht in der Hauptverhandlung von dem Angeklagten

klagten gewonnen hat und der auch durch die Angaben des Zeugen Dr. Winter bestätigt wird, handelt es sich bei dem Angeklagten um ein "Rauhbein", aber jedenfalls nicht um einen Menschen, der bewußt die wehrlose Lage eines Gegners ausnutzt, um sich an ihm zu vergreifen. Wenn der Angeklagte den Zeugen aber nicht darum mißhandelt hat, weil er in dem Zeitpunkt der Tat schutzlos war, dann fehlt es an einem Zusammenhang seiner Tat mit der Willkürherrschaft des Nationalsozialismus, so daß ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit schon aus diesem Grunde nicht vorliegt. Der Angeklagte war daher nur wegen Landfriedensbruch nach § 125 Abs. 2 StGB. zu bestrafen.

Der Angeklagte Zerling hat sich mit der Mißhandlung des Zeugen Petersen zunächst einer gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht und mußte daher nach § 223a StGB. bestraft werden. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hat er den Zeugen mit seinem Stiefel getreten und die Körperverletzung damit mit einem Gegenstand ausgeführt, der nach der in der Rechtsprechung und im Schriftum übereinstimmend vertretenen Auffassung als gefährliches Werkzeug im Sinne dieser Bestimmung anzusehen ist. Da die Körperverletzung als Mißhandlung eines politischen Gegners des Nationalsozialismus aus politischen Gründen bisher nicht bestraft worden ist und die gefährliche Körperverletzung als Vergehen mit einer Höchststrafe von mehr als drei Jahren bedroht ist, kann die Tat nach § 1 der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege auch jetzt noch bestraft werden, da die Verjährungsfrist des § 67 Abs. 2 StGB. nach § 3 dieser Verordnung erst seit dem 8. Mai 1945 läuft.



8

Bei seinen entgegengesetzten Angaben konnte dem Angeklagten dagegen nicht nachgewiesen werden, daß er an der Zusammenrottung vor dem Rathausplatz teilgenommen hat, da keiner der Zeugen den Angeklagten an dem fraglichen Abend auf dem Platz beobachtet hat und auch der Angeklagte Schloicka nicht mit absoluter Sicherheit angeben konnte, daß er den Angeklagten Zerling unter der Menge erkannt hat. Der Angeklagte Schloicka hat zwar erklärt, er sei zunächst überzeugt gewesen, daß er den Angeklagten Zerling auf dem Rathausplatz gesehen habe, hat aber schließlich auf Vorhalt eingeräumt, daß er den Angeklagten in der Dämmerung mit einem anderen SA-Mann von ähnlicher Statur wie der Angeklagte verwechselt haben könne. Gegen eine Teilnahme des Angeklagten an der Zusammenrottung spricht schließlich auch die Darstellung des Zeugen Petersen, nach der ihm der Angeklagte auf der zum Rathaus führenden Wenterferstraße in Richtung zum Rathaus hin entgegengekommen ist. Eine Bestrafung des Angeklagten wegen Landfriedensbruchs konnte daher nicht erfolgen.

Mit der Mißhandlung des Zeugen Petersen hat sich der Angeklagte Zerling aber gleichzeitig eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Im Gegensatz zu dem Angeklagten Schloicka wollte der Angeklagte Zerling als überzeugter Nationalsozialist den 25 Jahre älteren und ihm an Körperkraft weit unterlegenen Zeugen lediglich wegen seiner anderen politischen Einstellung mißhandeln. Diese verwerfliche Handlungsweise des Angeklagten steht damit als Verfolgung aus politischen Gründen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem System der Willkürherrschaft des Nationalsozialismus,

der

der gerade in dem Streit der politischen Meinungen die Anwendung von Gewaltmaßnahmen billigte und förderte. Auch die weitere Voraussetzung für die Verurteilung wegen eines Unmenschlichkeitsverbrechens, daß dem Opfer ein Schaden von erheblicher Schwere zugefügt sein muß, ist hier gegeben, da der Zeuge infolge der erlittenen Mißhandlungen etwa 6 Wochen mit starken Schmerzen das Bett hüten mußte und auch in späteren Jahren noch wiederholt unter erheblichen Beschwerden zu leiden hatte. Darüber hinaus hat die Tat des Angeklagten auch die als Tatbestandsvoraussetzung geforderte überindividuelle Wirkung. Wenn der Angeklagte im Rahmen der politischen Verfolgungsaktion des Nationalsozialismus aus reiner Privolität und aus Machtdünkel den Zeugen lediglich als ein Objekt seines politischen Hasses mißhandelt hat, dann hat er durch dieses erniedrigende und entwürdigende Verhalten nicht nur den Zeugen als Einzelperson verletzt, sondern damit gleichzeitig die Menschheit als den Träger und Schützer des ideellen Menschenwertes in dem Einzelmenschen angegriffen und berührt. In dieser Einstellung des Angeklagten, jede von seiner Anschauung abweichende politische Gesinnung mit Gewalt niederknüppeln zu können, liegt eine Mißachtung des Menschenwertes und der Menschenwürde, die seine Tat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit kennzeichnet. Da der Angeklagte bewußt aus dieser Einstellung heraus den Zeugen lediglich als politischen Gegner mißhandelt hat und sich bei der Mißhandlung auch darüber im klaren war, daß gerade das nationalsozialistische Willkürsystem ihm die Möglichkeit bot, den Zeugen allein wegen seiner politischen Haltung niederschlagen zu können, ist auch der subjektive Tatbestand eines Unmenschlichkeitsverbrechens erfüllt. Wenn der Angeklagte in



9

Ausnutzung der durch den Nationalsozialismus geschaffenen Situation einen schutzlosen politischen Gegner nur aus politischem Haß niedergeschlagen hat und sich dabei der unmenschlichen Folgen seiner Mißhandlung bewußt war, dann ist er auch für die durch seine Mißhandlung verursachte Verletzung der Menschenwürde verantwortlich, selbst wenn ihm als überzeugten Nationalsozialisten in seiner politischen Verblendung die Verwerflichkeit seiner Tat nicht im vollen Umfange zum Bewußtsein gekommen ist. In Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung war der Angeklagte daher wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit nach Art. II 1c des Kontrollratsgesetzes Nr. 10, §§ 223a, 73 StGB. zu bestrafen.

Bei der Zumessung der Strafe hat das Gericht dem Angeklagten Schloicka weitgehend mildernde Umstände zugebilligt. Strafmildernd fiel dabei zunächst ins Gewicht, daß sich der 44 Jahre alte Angeklagte bisher straffrei geführt hat und daß er auch als Klempnermeister stets ordentlich seiner beruflichen Arbeit nachgegangen ist. Zu seinen Gunsten hat das Gericht ferner berücksichtigt, daß er nach seiner Vorstellung sein Nierenleiden dem Zeugen Dr. Winter zuzuschreiben hatte. Wenn der Angeklagte durch sein provozierendes Heraustreten vor seine Wohnung den Zusammenstoß mit den Reichsbannerleuten auch zum mindesten mitverschuldet hat, so war er aber jedenfalls überzeugt, daß der Zusammenstoß und damit seine Nierenverletzung durch den Artikel des Zeugen Winter verursacht worden sei. Schließlich konnte das Gericht dem Angeklagten auch zugute halten, daß er bei der Mißhandlung des Zeugen offenbar sehr erregt war und seine Tat daher weitgehend

als

als Affekthandlung zu werten ist. Mit Rücksicht auf diese zahlreichen Mildorungsgründe erschien die in § 125 Abs. 2 als Mindeststrafe festgesetzte Gefängnisstrafe von 6 Monaten ausreichend und angemessen.

Bei dem Angeklagten Zorling fiel dagegen erschwerend ins Gewicht, daß es sich bei seiner Tat um ein ausgesprochenes Rohheitsdelikt handelt, das umso schwerer wiegt, als der damals 50 Jahre alte Zeuge Petersen ihm an Körperkraft weit unterlegen war und der Zeuge ihm auch in keiner Weise eine Veranlassung zu der Mißhandlung gegeben hatte. Bei der reinen Gesinnung des Angeklagten, der hier nur seiner Neigung zu Schlägereien fröhnen wollte, erschien daher <sup>schon</sup> aus diesem Grunde eine empfindliche Gefängnisstrafe erforderlich. Nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte zur Zeit seiner Tat noch nicht bestraft war, hielt das Gericht eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten für ausreichend.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 465 StPO.

(Unterzeichnet:)

Dr. Matthiessen.

Dr. Fürstenhagen.

Reinholz.



Für richtige Ausfertigung:

*Lippitz*

Justizsekretär

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle